

VORENTWURF

**Dekretvorentwurf über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation
der Behörden des deutschen Sprachgebiets**

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 2 – Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Behörde:

- a) die Deutschsprachige Gemeinschaft,
- b) die Einrichtungen öffentlichen Rechts, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft abhängen,
- c) die Gemeinden, öffentlichen Sozialhilfezentren und sonstigen Gebietskörperschaften des deutschen Sprachgebiets,
- d) jede Einrichtung, ungeachtet ihrer Art und Rechtsform, die
 - zu dem besonderen Zweck gegründet wurde, im Allgemeininteresse liegende Aufgaben zu erfüllen, die nicht gewerblicher Art sind, und
 - Rechtspersönlichkeit besitzt und
 - deren Tätigkeit überwiegend von den unter den Buchstaben a), b) und c) erwähnten Behörden oder Einrichtungen finanziert wird oder hinsichtlich ihrer Leitung der Aufsicht durch letztere unterliegt oder deren Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgan mehrheitlich aus Mitgliedern besteht, die von diesen Behörden oder Einrichtungen ernannt worden sind,
- e) die von einer oder mehreren der unter den Buchstaben a), b), c) oder d) erwähnten Behörden gebildeten Vereinigungen;

2. Mitteilung: jede Übermittlung von Informationen einer Behörde oder an eine Behörde im Rahmen ihrer Zuständigkeiten, die insbesondere die Verwendung von Formularen oder von jeglichem sonstigen Dokument sowie die entsprechende Datenverarbeitung und -verbreitung umfasst;

3. Formular: jegliches strukturierte Dokument, das im Rahmen eines Verfahrens benutzt wird und mit Hilfe dessen ein externer Nutzer Anträge bei den Behörden einreicht oder Informationen mit diesen austauscht;

4. Protokollierungsdaten: alle technischen Verbindungs- oder Verkehrsdaten, die auf den Speichermedien der Behörden gesichert werden;

5. elektronische Signatur: die elektronische Signatur gemäß Artikel 3 Nummer 10 der EU-Verordnung Nr. 910/2014;

6. qualifizierte elektronische Signatur: eine qualifizierte elektronische Signatur gemäß Artikel 3 Nummer 12 der EU-Verordnung Nr. 910/2014;

7. qualifiziertes elektronisches Siegel: ein qualifiziertes elektronisches Siegel gemäß Artikel 3 Nummer 27 der EU-Verordnung Nr. 910/2014;

8. qualifizierter elektronischer Zeitstempel: ein qualifizierter elektronischer Zeitstempel gemäß Artikel 3 Nummer 34 der EU-Verordnung Nr. 910/2014;

9. qualifizierter Dienst für die Zustellung elektronischer Einschreiben: ein qualifizierter Dienst für die Zustellung elektronischer Einschreiben gemäß Artikel 3 Nummer 37 der EU-Verordnung Nr. 910/2014;



10. mobile Anwendungen: Anwendungssoftware, die von Behörden oder in deren Auftrag zur Nutzung durch die allgemeine Öffentlichkeit auf mobilen Geräten wie Smartphones oder Tablets konzipiert und entwickelt wurde. Dazu gehört nicht die Software zur Steuerung dieser Geräte (mobile Betriebssysteme) oder die Hardware selbst;

11. Personen mit Unterstützungsbedarf: die in Artikel 3 Nummer 3 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben erwähnten Personen;

12. Norm: eine Norm gemäß Artikel 2 Nummer 1 der EU-Verordnung Nr. 1025/2012;

13. europäische Norm: eine europäische Norm gemäß Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe b) der EU-Verordnung Nr. 1025/2012;

14. harmonisierte Norm: eine harmonisierte Norm gemäß Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe c) der EU-Verordnung Nr. 1025/2012;

15. zeitbasierte Medien: folgende Arten von Medien: nur Audio, nur Video, Audio-Video, interaktives Audio- und/oder Videomaterial;

16. Stücke aus Kulturerbesammlungen: Gegenstände in privatem oder öffentlichem Besitz, die von historischem, künstlerischem, archäologischem, ästhetischem, wissenschaftlichem oder technischem Interesse sind und die Teil von Sammlungen sind, die von Kultureinrichtungen wie Bibliotheken, Archiven und Museen geführt werden;

17. EU-Verordnung Nr. 1025/2012: die Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur europäischen Normung, zur Änderung der Richtlinien 89/686/EWG und 93/15/EWG des Rates sowie der Richtlinien 94/9/EG, 94/25/EG, 95/16/EG, 97/23/EG, 98/34/EG, 2004/22/EG, 2007/23/EG, 2009/23/EG und 2009/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Beschlusses 87/95/EWG des Rates und des Beschlusses Nr. 1673/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates;

18. EU-Verordnung Nr. 910/2014: die Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG;

19. EU-Richtlinie: die Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen.

KAPITEL 2 – INDIVIDUELLE ELEKTRONISCHE KOMMUNIKATION

Abschnitt 1 – Rechtswirkung elektronischer Mitteilungen

Art. 3 – Grundsätze

§1 – Die Rechtswirkung einer Mitteilung kann nicht aufgrund der Tatsache angefochten werden, dass sie elektronisch erfolgt.

Absatz 1 ist nur dann anwendbar, wenn die im vorliegenden Dekret festgelegten Bedingungen erfüllt sind.

§2 – Jede gesetzliche, dekretale oder ordnungsmäßige Formvorgabe einer Mitteilung gilt als auf elektronischem Weg erfüllt, wenn die zweckentsprechenden Eigenschaften dieser Vorgabe gemäß den im vorliegenden Kapitel festgelegten Mindestbedingungen beibehalten werden.

Die Behörde bestimmt ein oder mehrere für elektronische Mitteilungen anwendbare Verfahren, unter der Voraussetzung, dass die Vorgaben objektiv, transparent, verhältnismäßig und nicht diskriminierend sind. Dabei werden der Zusammenhang und der Gegenstand der Information, auf die die Formvorgaben anwendbar sind, sowie alle diesbezüglichen

chen Umstände berücksichtigt.

Art. 4 – Formulare

Ordnungsgemäß ausgefüllte, für gültig erklärte und übermittelte elektronische Formulare mit ihren eventuellen Anlagen werden den ordnungsgemäß ausgefüllten, unterzeichneten und der betroffenen Behörde übermittelten Papierformularen mit derselben Zweckentsprechung gleichgestellt.

Art. 5 – Papierform

Die Vorgabe eines Schriftstücks in Papierform oder auf einem dauerhaften Datenträger wird durch jedes Mittel erfüllt, das einerseits der Behörde oder dem Nutzer gestattet, Informationen derart zu speichern, dass sie bzw. er sie später für eine für die Zwecke der Informationen angemessene Dauer einsehen kann, und das andererseits die unveränderte Wiedergabe der gespeicherten Informationen ermöglicht.

Art. 6 – Unterschrift

Die Vorgabe einer oder mehrerer handschriftlicher Unterschriften oder Paraphen, um ein Formular, eine mit ihm verbundene Unterlage oder jede sonstige im Rahmen einer elektronischen Mitteilung erforderliche Unterlage für gültig zu erklären, wird erfüllt:

1. durch die Verwendung einer qualifizierten elektronischen Signatur;
2. durch jedes sonstige von der Behörde anerkannte und gebilligte Verfahren, das die Echtheit der Herkunft, das Einverständnis mit dem Inhalt und die Erhaltung der Unversehrtheit der in der Unterlage enthaltenen Informationen gewährleistet.

Art. 7 – Siegel und Stempel

Die Vorgabe eines Siegels oder eines Stempels auf einem Schriftstück wird erfüllt:

1. durch die Verwendung eines qualifizierten elektronischen Siegels;
2. durch die Verwendung einer elektronischen Signatur gemäß Artikel 5, die unter der Aufsicht der juristischen Person, die Inhaberin des Siegels ist, oder durch ihren Vertreter angebracht wird.

Art. 8 – Einschreiben

Die Vorgabe einer Sendung per Einschreiben wird erfüllt:

1. durch ein elektronisches Einschreiben, das durch einen qualifizierten Dienst für die Zustellung elektronischer Einschreiben zugestellt wird;
2. durch jedes Verfahren für elektronische Einschreiben, das die von der Regierung festgelegten Bedingungen beachtet.

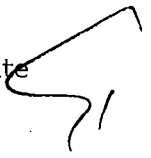
Art. 9 – Zeitstempel

Die Vorgabe eines Zeitstempels auf einem Schriftstück wird erfüllt:

1. durch die Verwendung eines qualifizierten elektronischen Zeitstempels;
2. durch jedes sonstige von der Behörde anerkannte und gebilligte Verfahren, das die Richtigkeit des Datums und der Zeit sowie der Unversehrtheit der mit dem Datum und der Zeit verbundenen Daten gewährleistet.

Art. 10 – Vermerke

Die Vorgabe handschriftlicher Vermerke wird durch jedes von der Behörde anerkannte



und gebilligte Verfahren erfüllt, durch das garantiert wird, dass derjenige, der sich verpflichtet, mit derselben Wirksamkeit auf die Tragweite seiner Verpflichtung aufmerksam gemacht wurde.

Als handschriftliche Vermerke gelten der Vermerk „Gelesen und genehmigt“ sowie jeglicher andere handschriftliche Vermerk, durch den die Aufmerksamkeit des Unterzeichners erweckt werden kann.

Art. 11 – Exemplare

Die Vorgabe der Sendung von mehreren Exemplaren wird erfüllt, sobald die Unterlagen unter Einhaltung der durch die Behörde vorgesehenen Modalitäten elektronisch übermittelt worden sind, sofern das angewandte Verfahren die Erhaltung der in der Unterlage stehenden Informationen unter Einhaltung der Funktionen der Unversehrtheit und des Fortbestehens erlaubt, wobei jede sendende und empfangende Partei sie einsehen und unverändert wiedergeben kann.

Art. 12 – Übermittlung

§1 – Sehen gesetzliche, dekretale oder verordnungsmäßige Bestimmungen eine Postsendung an eine bestimmte Anschrift vor, gilt ein Formular auch dann als ordnungsgemäß eingereicht, wenn es unter Einhaltung der in Kapitel 3 festgelegten Bedingungen und sonstigen für jedes elektronische Formular vorgesehenen Übermittlungsmodalitäten elektronisch an die zuständige Behörde übermittelt wurde.

Wenn dem Nutzer eine Registrierungsbestätigung übermittelt werden muss, sind die Bestätigung sowie die im Besitz der Behörden befindlichen Protokollierungsdaten für den technischen Empfang des Formulars und der ihm beigefügten Unterlagen, für den Zeitpunkt dieses Empfangs und für den Inhalt der übermittelten Informationen bis auf Gegenbeweis maßgebend.

§2 – Vorbehaltlich des Rechts jeder Behörde, wenn nötig und vor der Beschlussfassung die Übermittlung der Originalunterlage im Papierformat durch den Nutzer zu verlangen, können die Belege, die einem Formular als Anlage beigefügt werden, elektronisch übermittelt werden.

Falls keine von der Behörde anerkannte und gebilligte, als Original geltende elektronische Unterlage übermittelt werden kann, darf der Nutzer eine elektronische Fassung übermitteln, die eine Abschrift der Originalunterlage darstellt. In diesem Fall fügt der Nutzer dieser elektronischen Fassung eine eidesstattliche Erklärung bei, die bescheinigt, dass er im Besitz der Originalunterlage ist, die er der Behörde zur eventuellen Einsichtnahme zur Verfügung hält.

Art. 13 – Weitere Mindestbedingungen

Die Regierung kann weitere Mindestbedingungen festlegen, denen eine elektronische Mitteilung genügen muss, um die in Artikel 3 §2 erwähnte Gleichstellung zu genießen.

Abschnitt 2 – Elektronischer Schriftverkehr

Art. 14 – Grundsatz

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher, dekretaler oder verordnungsmäßiger Best-



immungen kann ein Nutzer nicht dazu verpflichtet werden, eine Handlung auf elektronischem Weg zu tätigen bzw. mit einer Behörde elektronisch zu kommunizieren.

Art. 15 – Mitteilungen an eine Behörde

Eine elektronische Mitteilung an eine Behörde ist nur dann rechtsgültig, wenn diese Behörde vorab bekannt gemacht hat, dass sie der Verwendung dieses Kommunikationsmittels zustimmt.

Die Behörde kann Einschränkungen und zusätzliche technische Vorgaben für elektronische Mitteilungen festlegen.

Art. 16 – Schriftverkehr zwischen Nutzer und Behörde

§1 – Die Behörde kann mit einem Nutzer auch dann elektronisch kommunizieren, wenn die anwendbaren gesetzlichen, dekretalen oder verordnungsmäßigen Bestimmungen die Verwendung dieses Kommunikationsmittels nicht ausdrücklich vorsehen.

§2 – Die sowohl ein- als auch beidseitige Übermittlung von Mitteilungen zwischen einem Nutzer und einer Behörde, die auf elektronischem Weg stattfindet, ist nur dann rechtsgültig, wenn der Nutzer vorab ausdrücklich der Verwendung dieses Kommunikationsmittels zugestimmt hat.

Die Behörde informiert den Nutzer im Vorfeld ausführlich über eventuelle Verfahrensschritte und über die rechtlichen Folgen seiner Zustimmung.

Der Nutzer kann seine Zustimmung für den künftigen Schriftverkehr jederzeit und ohne Angabe von Gründen widerrufen.

Art. 17 – Technische Maßnahmen

Die Behörde trifft unter Berücksichtigung des Inhaltes, des Ziels und der Natur der elektronischen Mitteilung alle erforderlichen Maßnahmen, um:

1. die Sicherheit der elektronischen Mitteilungen zu gewährleisten;
2. die Vertraulichkeit, Authentizität und Vollständigkeit der ausgetauschten Daten zu garantieren;
3. den Nachweis des Datenverkehrs zu sichern.

Stößt der Nutzer auf technische Probleme beim elektronischen Schriftverkehr mit der Behörde, kann er in diesem Fall ungeachtet der in Artikel 16 §2 Absatz 1 erwähnten Zustimmung mit dem Verweis auf diese Probleme über jeden anderen zulässigen Weg mit der Behörde kommunizieren.

KAPITEL 3 – ÖFFENTLICHE ELEKTRONISCHE KOMMUNIKATION

Art. 18 – Europaklausel

Das vorliegende Kapitel dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen.



Art. 19 – Anwendungsbereich

Vorliegendes Kapitel umfasst die Vorschriften, nach denen Websites, unabhängig von dem für den Zugang genutzten Gerät, und mobile Anwendungen von Behörden die Barrierefreiheitsanforderungen gemäß Artikel 20 erfüllen müssen.

Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels sind nicht anwendbar auf Websites und mobile Anwendungen von:

1. öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und ihren Zweigstellen oder anderen Stellen und deren Zweigstellen, die der Wahrnehmung eines öffentlichen Sendeauftrags dienen;
2. in Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe d) erwähnten Einrichtungen, die keine für die Öffentlichkeit wesentlichen Dienstleistungen oder speziell auf die Bedürfnisse von Personen mit Unterstützungsbedarf ausgerichtete oder für diese konzipierte Dienstleistungen anbieten.

Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels sind nicht anwendbar auf die folgenden Inhalte von Websites und mobilen Anwendungen:

1. Dateiformate von Büroanwendungen, die vor dem 23. September 2018 veröffentlicht wurden, es sei denn, diese Inhalte sind für die aktiven Verwaltungsverfahren der von der betreffenden Behörden wahrgenommenen Aufgaben erforderlich;
2. aufgezeichnete zeitbasierte Medien, die vor dem 23. September 2020 veröffentlicht wurden;
3. live übertragene zeitbasierte Medien;
4. Online-Karten und -Kartendienste, sofern bei Karten für Navigationszwecke wesentliche Informationen in einer barrierefrei zugänglichen Weise digital bereitgestellt werden;
5. Inhalte von Dritten, die von der betreffenden Behörde weder finanziert noch entwickelt werden noch deren Kontrolle unterliegen;
6. Reproduktionen von Stücken aus Kulturerbesammlungen, die nicht vollständig barrierefrei zugänglich gemacht werden können aufgrund:
 - a) der Unvereinbarkeit der Barrierefreiheitsanforderungen mit entweder der Erhaltung des betreffenden Gegenstands oder der Authentizität der Reproduktion (z. B. Kontrast) oder
 - b) der Nichtverfügbarkeit automatisierter und kosteneffizienter Lösungen, mit denen Text aus Manuskripten oder anderen Stücken aus Kulturerbesammlungen einfach extrahiert und in mit den Barrierefreiheitsanforderungen kompatible Inhalte umgewandelt werden könnte;
7. Inhalte von Extranets und Intranets, d. h. Websites, die nur für eine geschlossene Gruppe von Personen und nicht für die allgemeine Öffentlichkeit verfügbar sind, die vor dem 23. September 2019 veröffentlicht wurden, bis diese Websites eine grundlegende Überarbeitung erfahren;
8. Inhalte von Websites und mobilen Anwendungen, die als Archive gelten, d. h., die ausschließlich Inhalte enthalten, die weder für aktive Verwaltungsverfahren benötigt werden noch nach dem 23. September 2019 aktualisiert oder überarbeitet wurden.

Art. 20 – Grundsatz der barrierefreien Zugänglichkeit

Die Websites und mobilen Anwendungen der Behörden werden im Hinblick auf eine barrierefreie Zugänglichkeit wahrnehmbar, bedienbar, verständlich und robust gestaltet.

Art. 21 – Unverhältnismäßige Belastung

Die Behörde wendet die Barrierefreiheitsanforderungen gemäß Artikel 20 in einem Ausmaß an, dass diese Anforderungen für die Zwecke des genannten Artikels keine un-



verhältnismäßige Belastung für sie bewirken.

Um zu bewerten, inwieweit die Einhaltung der Barrierefreiheitsanforderungen eine unverhältnismäßige Belastung bewirkt, berücksichtigt die Behörde insbesondere folgende Umstände:

1. Größe, Ressourcen und Art der betreffenden Behörde;
2. die geschätzten Kosten und Vorteile für die betreffende Behörde im Verhältnis zu den geschätzten Vorteilen für Personen mit Unterstützungsbedarf, wobei die Nutzungshäufigkeit und die Nutzungsdauer der betreffenden Website bzw. der betreffenden mobilen Anwendung zu berücksichtigen sind.

Die betreffende Behörde nimmt die erste Bewertung vor, inwieweit die Einhaltung der Barrierefreiheitsanforderungen eine unverhältnismäßige Belastung bewirkt.

Nimmt eine Behörde für eine bestimmte Website oder mobile Anwendung die in vorliegendem Artikel vorgesehene Ausnahme in Anspruch, erläutert sie in der Erklärung gemäß Artikel 23, welche Teile der Barrierefreiheitsanforderungen nicht erfüllt werden konnten, und schlägt gegebenenfalls barrierefrei zugängliche Alternativen vor.

Art. 22 – Vermutung der Konformität mit Barrierefreiheitsanforderungen

§1 – Bei Inhalten von Websites und mobilen Anwendungen, die aufgrund der EU-Richtlinie verfassten harmonisierten Normen oder Teilen solcher Normen entsprechen, wird davon ausgegangen, dass sie die Barrierefreiheitsanforderungen gemäß Artikel 20 in den von den jeweiligen Normen oder Teilen von Normen abgedeckten Bereichen erfüllen.

§2 – Wurden keine Referenzen von harmonisierten Normen gemäß §1 veröffentlicht, wird bei Inhalten von mobilen Anwendungen, die die aufgrund der EU-Richtlinie verfassten technischen Spezifikationen oder Teile davon erfüllen, davon ausgegangen, dass sie die Barrierefreiheitsanforderungen gemäß Artikel 20, die durch diese technischen Spezifikationen oder Teile davon erfasst werden, erfüllen.

§3 – Wurden keine Referenzen von harmonisierten Normen gemäß §1 veröffentlicht, wird bei Inhalten von Websites, die die einschlägigen Anforderungen der europäischen Norm EN 301 549 V1.1.2 (2015-04) oder Teile davon erfüllen, davon ausgegangen, dass sie die Barrierefreiheitsanforderungen gemäß Artikel 20, die von diesen einschlägigen Anforderungen oder Teilen davon erfasst werden, erfüllen.

Wurden keine Referenzen von harmonisierten Normen gemäß §1 veröffentlicht und liegen keine technischen Spezifikationen gemäß §2 vor, wird bei Inhalten von mobilen Anwendungen, die die einschlägigen Anforderungen der europäischen Norm EN 301 549 V1.1.2 (2015-04) oder Teile davon erfüllen, davon ausgegangen, dass sie die Barrierefreiheitsanforderungen gemäß Artikel 20, die von diesen einschlägigen Anforderungen oder Teilen davon erfasst werden, erfüllen.

Art. 23 – Erklärung zur Barrierefreiheit

Die Behörde stellt eine detaillierte, umfassende und klare Erklärung zur Barrierefreiheit über die Vereinbarkeit ihrer Websites und mobilen Anwendungen mit dem vorliegenden Dekret bereit und aktualisiert diese regelmäßig. Sie reagiert auf Mitteilungen oder Anfragen seitens der Nutzer angemessen und innerhalb einer vernünftigen Frist.

Die Erklärung zur Barrierefreiheit wird:

1. bei Websites in einem zugänglichen Format bereitgestellt und auf der entsprechen-



den Website veröffentlicht;

2. bei mobilen Anwendungen in einem zugänglichen Format bereitgestellt und auf der Website der Behörde, die die betreffende mobile Anwendung entwickelt hat, oder zusammen mit anderen Informationen beim Herunterladen der Anwendung verfügbar gemacht.

Die Erklärung zur Barrierefreiheit enthält:

1. eine Erläuterung zu den Teilen des Inhalts, die nicht barrierefrei zugänglich sind, und zu den Gründen für diese Unzugänglichkeit sowie gegebenenfalls zu den vorgesehenen barrierefrei zugänglichen Alternativen;

2. eine Beschreibung und eine Verlinkung des Feedback-Mechanismus, mit dem die Nutzer der betreffenden Behörde jegliche Mängel ihrer Website oder mobilen Anwendung bei der Einhaltung der Barrierefreiheitsanforderungen gemäß Artikel 20 mitteilen und die gemäß Artikel 19 Absatz 2 und Artikel 21 ausgenommenen Informationen anfordern können;

3. einen Link zu dem in Artikel 25 erwähnten Durchsetzungsverfahren, das in Ermangelung einer zufriedenstellenden Antwort auf die Mitteilung oder die Anfrage in Anspruch genommen werden kann.

Die Behörde erstellt die Erklärung zur Barrierefreiheit anhand der aufgrund der EU-Richtlinie festgelegten Mustererklärung.

Art. 24 – Überwachung

Die Regierung überwacht, inwieweit Websites und mobile Anwendungen der Behörden den Barrierefreiheitsanforderungen gemäß Artikel 20 genügen. Sie wendet dabei die gemäß der EU-Richtlinie vorgesehene Überwachungsmethode an.

Art. 25 – Durchsetzungsverfahren

Die Behörde richtet ein angemessenes und wirksames Durchsetzungsverfahren ein, um die Einhaltung des vorliegenden Dekrets in Bezug auf die Anforderungen in Artikel 20, 21 und 23 zu gewährleisten.

KAPITEL 4 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 26 – Abänderungsbestimmung

Kapitel II.1 des Dekrets vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das die Artikel 14.2 bis 14.6 umfasst, eingefügt durch das Dekret vom 25. April 2016, wird aufgehoben.

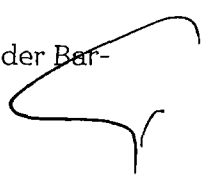
Art. 27 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 3 des Dekrets vom 26. Mai 2009 zur Schaffung des Amtes eines Ombudsmanns für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Dekrete vom 14. Februar 2011 und 25. Januar 2016, wird folgender §2.1 eingefügt:

„§2.1 – Im Rahmen des Dekrets vom ... über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets prüft der Ombudsmann:

1. Beschwerden gegen erhaltene Mitteilungen oder Anträge im Rahmen des Feedback-Mechanismus gemäß Artikel 23 Absatz 3 Nummer 2 desselben Dekrets;

2. die Bewertung gemäß Artikel 21 desselben Dekrets, inwieweit die Einhaltung der Barrierefreiheitsanforderungen eine unverhältnismäßige Belastung bewirkt.“



Art. 28 – Abänderungsbestimmung

Artikel 36 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben wird wie folgt ersetzt:

„Art. 36 – Verpflichtete elektronische Kommunikation

In Abweichung von Artikel 14 des Dekrets vom ... über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets kann die Dienststelle die Dienstleister verpflichten, elektronisch mit ihr zu kommunizieren.“

Art. 29 – Abänderungsbestimmung

Die Artikel 37 bis 40 desselben Dekrets werden aufgehoben.

Art. 30 – Übergangsbestimmung

Die Behörden wenden die Bestimmungen des Kapitels 3:

1. auf Websites, die nicht vor dem 23. September 2018 veröffentlicht wurden, ab dem 23. September 2019 an;
2. auf alle Websites, die nicht unter Nummer 1 fallen, ab dem 23. September 2020 an;
3. auf mobile Anwendungen ab dem 23. Juni 2021 an.

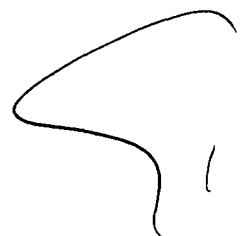
Art. 31 – Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2019 in Kraft, mit Ausnahme der Artikel 18 bis 25, 27 und 30, die am 1. September 2018 in Kraft treten.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH



REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der Ministerpräsident wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'S' shape with a vertical line extending downwards from the bottom right.

**DEKRETVOENTWURF ÜBER DIE INDIVIDUELLE UND ÖFFENTLICHE ELEKTRONISCHE
KOMMUNIKATION DER BEHÖRDEN DES DEUTSCHEN SPRACHGEBIETS**

INHALTSANGABE

Durch diesen Dekretentwurf soll zum Einen der elektronische Schriftverkehr der Behörden des deutschen Sprachgebiets geregelt werden. Er legt einerseits fest, welchen Bedingungen eine elektronische Mitteilung genügen muss, um eine verbindliche Rechtsgültigkeit besitzen zu können, und andererseits unter welchen Voraussetzungen der elektronische Schriftverkehr zwischen den Nutzern und der Behörde im beiderseitigen Interesse stattfinden darf.

Zum Anderen soll der vorliegende Dekretentwurf geeignete Maßnahmen zur Schaffung eines barrierefreien Zugangs zu den Websites und mobilen Anwendungen der Behörden des deutschen Sprachgebiets für die Nutzer, insbesondere für Personen mit Unterstützungsbedarf, vorsehen.



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen.....	4
Kommentar zu den Artikeln.....	6
Vorentwurf	12
Umsetzungstabellen	21



BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Die Regierung hat in ihrem laufenden Arbeitsprogramm 2014-2019 im Rahmen der Maßnahme „MDG e-government 02“ Folgendes festgehalten:

„Das Ministerium ist Empfänger und Sender eines umfangreichen elektronischen Schriftverkehrs, der zusehends die Papierform im Kontakt mit dem Bürger verdrängt. Einzelne Dienstleistungen des Ministeriums wurden zudem mittels elektronischer Formulare standardisiert. Die Rechtsgültigkeit des elektronischen Schriftverkehrs ist aber im Konfliktfall derzeit eine Einzelfallentscheidung, da die Regeltexte der Deutschsprachigen Gemeinschaft elektronische Zustellungsformen und deren Zulässigkeitsbedingungen nicht präzisieren.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft wird ein Dekret über die Zulässigkeit elektronischer Dokumente analog zu den anderen Gemeinschaften und Regionen aus Gründen der Rechtssicherheit anstreben. [...]“

Es gilt in der Tat festzustellen, dass die anderen Gebietskörperschaften in diesem Bereich eine Vorreiterrolle wahrgenommen haben. Erwähnenswert sind hierbei das flämische Dekret vom 18. Juli 2008 „betreffende het elektronische bestuurlijke gegevensverkeer“, die Ordonnanz der Region Brüssel-Hauptstadt vom 13. Februar 2014 „relative à la communication par voie électronique dans le cadre des relations avec les autorités publiques de la Région de Bruxelles-Capitale“ sowie das Dekret der Wallonischen Region vom 27. März 2014 „über die Mitteilungen auf elektronischem Weg zwischen den Benutzern und den wallonischen öffentlichen Behörden“.

Darüber hinaus ist insbesondere seit dem 1. Juli 2016 die Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG anwendbar. Diese legt u. a. einen europäischen Rechtsrahmen für elektronische Signaturen, elektronische Siegel, elektronische Zeitstempel, elektronische Dokumente, Dienste für die Zustellung elektronischer Einschreiben und Zertifizierungsdienste für die Website-Authentifizierung fest, der hier zu berücksichtigen ist.

Während der vorliegende Dekretentwurf einen allgemeinen Rahmen für den elektronischen Schriftverkehr der Behörden festlegt, gilt es parallel festzustellen, dass in einer Reihe von Dekreten und Verordnungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft Formvorgaben vorhanden sind, die als „nicht technologisch neutral“ zu betrachten sind, indem sie beispielsweise die Verwendung von Papierdokumenten, Mehrfachexemplare, handschriftliche Unterschriften oder dergleichen vorsehen. Die Grundlagen für die Gleichstellung mit dazu zweckentsprechenden elektronischen Lösungen werden durch den vorliegenden Rechtstext festgehalten; die juristische Absicherung ist somit gegeben. Mittelfristig werden die bestehenden Formvorgaben in den zahlreichen Grundlagentexten jedoch ebenfalls angepasst werden müssen, um die erwähnte technologische Neutralität in ihren Bestimmungen widerspiegeln zu lassen. Dies wird aufgrund der Vielzahl der Regulierungen und deren inhaltlicher Bandbreite nicht mit einem einzelnen Referenztext der Fall sein können, sondern allmählich durch verschiedene Einzeländerungen der bestehenden Formvorgaben eingeführt werden.



Der vorliegende Dekretentwurf dient außerdem der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen, die bis zum 18. September 2018 umzusetzen ist.

Durch die Digitalisierung der Gesellschaft sind neue Möglichkeiten des Zugangs zu und des Anbietens von Informationen und Dienstleistungen entstanden. Auch die Behörden greifen zunehmend auf das Internet zurück, um Informationen und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, die für die Allgemeinheit von wesentlicher Bedeutung sind.

Ziel des vorliegenden Dekrets ist es, die Websites und die mobilen Anwendungen der Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Nutzer, insbesondere für Personen mit Unterstützungsbedarf, leichter zugänglich zu machen, entsprechend den gemeinsamen, in der europäischen Richtlinie festgelegten Anforderungen an einen barrierefreien Zugang.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized, cursive letter 'S' followed by a short horizontal stroke.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel sieht vor, dass die Bestimmungen des Dekrets für alle Geschlechter gelten.

Artikel 2

Dieser Artikel führt die relevanten Begriffsbestimmungen auf. Die Abgrenzung des Begriffs „Behörden“, auf die das Dekret schlussendlich anwendbar sein soll, wurde in Analogie zum Dekret vom 18. Dezember 2006 über die Weiterverwendung öffentlicher Dokumente vorgenommen. Die Gemeinden, öffentlichen Sozialhilfezentren und sonstigen (lokalen) Gebietskörperschaften des deutschen Sprachgebiets wurden hinzugefügt. Die übrigen Definitionen wurden dem erwähnten wallonischen Dekret vom 27. März 2014 sowie dem entsprechenden Ausführungserlass vom 12. Juni 2014 entlehnt. Die Verweise auf das aufgehobene Gesetz vom 9. Juli 2001 zur Festlegung bestimmter Regeln in Bezug auf rechtliche Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen und Zertifizierungsdienste wurden durch die entsprechenden Verweise auf die Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG ersetzt. Die Begriffe „mobile Anwendungen“, „Norm“, „europäische Norm“, „harmonisierte Norm“, „zeitbasierte Medien“ und „Stücke aus Kulturerbesammlungen“ wurden in Analogie zur Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen definiert.

Artikel 3

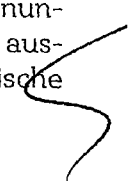
Der Paragraph 1 dieses Artikels führt den Grundsatz der Nichtdiskriminierung für alle elektronischen Mitteilungen ein. Die Rechtswirkung einer Mitteilung kann nicht aufgrund der Tatsache angefochten werden, dass sie elektronisch erfolgt ist. Natürlich bleibt es dem Dekretgeber frei, bei künftigen Regelungen von diesem Grundsatz ausdrücklich abzuweichen. Auch bleiben Vorgaben, die ihre Grundlage in einer föderalen oder regionalen Zuständigkeit finden, hiervon unberührt.

Der Grundsatz ist jedoch nur dann anwendbar, wenn die übrigen Bedingungen des vorliegenden Dekretentwurfs eingehalten werden, wie beispielsweise die Zustimmung der betroffenen Behörden und Nutzer.

Der Paragraph 2 führt in Absatz 1 den Grundsatz der funktionalen Gleichstellung von Formvorgaben ein. Bevor eine elektronische Mitteilung über dieselbe Rechtswirkung wie das entsprechende Papierdokument verfügt, muss sichergestellt sein, dass sie über dieselben zweckentsprechenden Eigenschaften verfügt. Dies kann nur dann gewährleistet werden, wenn gewisse Mindestbedingungen im Hinblick auf die Qualität und die Rechtssicherheit eingehalten werden.

Sind diese Mindestbedingungen gewährleistet, können die per Gesetz, Dekret oder Verordnung vorgeschriebenen Formvorgaben auch auf elektronischem Weg erfüllt werden.

Konkret bedeutet dies, dass wenn die bestehenden Gesetze, Dekrete und Verordnungen eine Formvorgabe vorsehen und das elektronische Pendant dieser Vorgabe nicht ausdrücklich ausgeschlossen wird, der Rückgriff auf die zweckentsprechende elektronische



Lösung dieselbe Rechtswirkung wie die Papierlösung hat, solange die Mindestbedingungen eingehalten werden.

Unbeschadet der dekretal festgelegten Mindestbedingungen gibt der Absatz 2 den Behörden einen Handlungsspielraum bei der Festlegung des Verfahrens für elektronische Mitteilungen und bei der Gleichstellung der Formvorgaben. Wichtig ist dabei, dass die Vorgaben einerseits objektiv, transparent, verhältnismäßig und nicht diskriminierend sind, und dass andererseits die konkreten Umstände, unter denen die Formvorgabe eingeführt wurde, berücksichtigt werden.

Artikel 4 bis 13

Diese Artikel enthalten die verschiedenen Mindestbedingungen, denen eine elektronische Mitteilung genügen muss, bevor sie dem Papierdokument gleichgestellt werden kann.

Betroffen sind hiervon Formulare, Vorgaben zur Papierform, handschriftliche Unterschriften und Paraphen, Übermittlungen an bestimmte Anschriften und Übermittlung von Originalen, Einschreiben, handschriftliche Vermerke, Siegel und Stempel sowie das Einreichen von Mehrfachexemplaren. Die verschiedenen Bestimmungen legen fest, unter welchen Umständen das elektronische Pendant zur bestehenden Formvorgabe gleichermaßen rechtsgültig ist. Das Ziel ist hierbei, durch eine technisch neutrale Lösung dieselben zweckentsprechenden Eigenschaften vorzufinden.

Die Regierung soll ermächtigt werden, die weiteren Bestimmungen für das elektronische Einschreiben festzulegen, da dieses gewisse technische Maßnahmen voraussetzt. Des Weiteren soll die Regierung die Möglichkeit erhalten, weitere Mindestbedingungen im Hinblick auf eine Gleichstellung festzuhalten. Auf diese Weise soll der fortlaufenden technischen Entwicklung Rechnung getragen werden.

Artikel 14

Auch wenn die Verwendung der elektronischen Mitteilungen zwischen der Behörde und ihren Nutzern – Bürger, juristische Personen und faktische Vereinigungen – zweifelsohne zu einer Verwaltungsvereinfachung führt, sollte es weiterhin möglich sein, mit der Behörde über den klassischen Briefwechsel zu kommunizieren. Die digitale Kluft im Sinne der gesellschaftlichen Unterschiede im Zugang zu und der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie, insbesondere dem Internet, zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen aufgrund von technischen und sozioökonomischen Faktoren mag zwar mit der Zeit kleiner werden, doch gibt es weiterhin Nutzer, die nicht auf elektronischem Weg mit der Behörde kommunizieren können oder dies ausdrücklich nicht wollen. Dies gilt es weiterhin zu respektieren.

Dennoch bleibt es möglich, in den Gesetzen, Dekreten und Verordnungen anderslautende Bestimmungen vorzusehen; dies ist beispielsweise bei dem elektronischen Schriftverkehr zwischen der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben und den von ihr anerkannten Dienstleistern der Fall (siehe Artikel 28).

Artikel 15

Bevor eine elektronische Mitteilung an eine Behörde Rechtswirkung erlangt, muss diese Behörde vorab bekannt gemacht haben, dass sie der Verwendung dieses Kommunikationsmittels zustimmt. Auch Einschränkungen und zusätzliche technische Vorgaben für elektronische Mitteilungen soll sie festlegen können.



Diese Bestimmung dient dazu, den rechtsgültigen elektronischen Schriftverkehr technisch und rechtlich abzusichern.

Artikel 16

In diesem Artikel wird in Paragraph 1 festgehalten, dass die Behörde auch dann mit einem Nutzer elektronisch kommunizieren kann, wenn dies in den anwendbaren gesetzlichen, dekretalen oder verordnungsmäßigen Bestimmungen nicht ausdrücklich vorgesehen ist. Die Möglichkeit wird natürlich nur dann eröffnet, wenn alle im vorliegenden Dekretentwurf festgehaltenen Bedingungen erfüllt sind.

Eine dieser Bedingungen, die sich auf den ausschließlich elektronischen Schriftverkehr zwischen der Behörde und dem Nutzer beziehen, wird in Paragraph 2 desselben Artikels festgehalten. Ein solcher Austausch von Mitteilungen soll in der Tat nur dann möglich sein, wenn der Nutzer vorab ausdrücklich der Verwendung dieses Kommunikationsmittels zugestimmt hat. Dieses Einverständnis kann auch elektronisch eingeholt werden.

Damit der Nutzer sein Einverständnis in vollster Kenntnis der Sachlage abgibt, wird vorgesehen, dass die Behörde ihn im Vorfeld informiert. Darüber hinaus soll der Nutzer gemäß dem in Artikel 14 festgehaltenen Grundsatz die Möglichkeit erhalten, seine Zustimmung für den künftigen Schriftverkehr mit der Behörde jederzeit und ohne Angabe von Gründen zu widerrufen.

Artikel 17

In Absatz 1 wird festgehalten, dass die Behörde eine Reihe von technischen Maßnahmen ergreifen muss, um die Sicherheit, die Vertraulichkeit, die Authentizität, die Vollständigkeit und die Nachweisbarkeit der ausgetauschten Daten zu gewährleisten.

Absatz 2 sieht vor, dass ein Nutzer, der beim elektronischen Schriftverkehr mit der Behörde auf technische Probleme stößt, mit dem Verweis auf diese Probleme über jeden anderen zulässigen Weg mit ihr kommunizieren kann.

In den Fällen, in denen der elektronische Schriftverkehr aus technischen Gründen nicht möglich ist, gilt eine Mitteilung nur dann als zulässig, wenn sie ggf. bestehende Mindestformvorgaben einhält. So kann beispielsweise eine technische Panne nicht als Anlass genommen werden, um die Vorgabe eines Schriftstücks durch ein einfaches Telefonat zu ersetzen.

Artikel 18

Bei dieser Vorschrift handelt es sich um die sogenannte „Europaklausel“, die auf die Richtlinie (EU) 2016/2102 hinweist, deren teilweisen Umsetzung das Dekret dient.

Artikel 19

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 1 (2) bis (4) der Richtlinie (EU) 2016/2102 und legt den Anwendungsbereich von Kapitel 3 des vorliegenden Dekrets fest. Eine barrierefreie Gestaltung der Websites und mobilen Anwendungen der Behörde, die Informations- und Dienstleistungsangebote enthalten, welche von grundlegender Bedeutung für die Allgemeinheit sind, wird es allen Nutzern ermöglichen, Zugriff auf diese Informationen und Dienstleistungen zu haben.



Artikel 20

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 4 der Richtlinie (EU) 2016/2102. Der Grundsatz der barrierefreien Zugänglichkeit berücksichtigt in erster Linie die Nutzerorientierung und wird im Erwägungsgrund (37) der europäischen Richtlinie wie folgt definiert: „Es gibt vier Grundsätze des barrierefreien Zugangs:

- Wahrnehmbarkeit, d. h., die Informationen und Komponenten der Nutzerschnittstelle müssen den Nutzern in einer Weise dargestellt werden, dass sie sie wahrnehmen können;
- Bedienbarkeit, d. h., der Nutzer muss die Komponenten der Nutzerschnittstelle und die Navigation handhaben können;
- Verständlichkeit, d. h., die Informationen und die Handhabung der Nutzerschnittstelle müssen verständlich sein; und
- Robustheit, d. h., die Inhalte müssen robust genug sein, damit sie zuverlässig von einer Vielfalt von Benutzeragenten, einschließlich assistiven Technologien, interpretiert werden können.“

Die besagten vier Grundsätze werden in prüfbaren Erfolgskriterien ausgedrückt. An dieser Stelle wird auf die Europäische Norm EN 301 549 V1.1.2 „Barrierefreiheitsanforderungen für die öffentliche Beschaffung von IKT-Produkten und -Dienstleistungen in Europa“ (Europäische Norm EN 301 549 V1.1.2 (2015-04)) verwiesen. Die entsprechenden Klauseln der Europäischen Norm EN 301 549 V1.1.2 (2015-04) gelten für die Umsetzung in die Praxis als Mindestvoraussetzung.

Artikel 21

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 5 der Richtlinie (EU) 2016/2102. Demnach ist die Umsetzung der barrierefreien Zugänglichkeit so vorzunehmen, dass keine unverhältnismäßige Belastung für die Behörde entsteht.

Entsprechend dem Erwägungsgrund (39) Satz 4 der Richtlinie (EU) 2016/2102 betrifft dies „Maßnahmen, die einer Stelle eine übermäßige organisatorische oder finanzielle Last auferlegen würden oder die die Fähigkeit der öffentlichen Stelle, entweder ihren Zweck zu erfüllen oder Informationen, die für ihre Aufgaben und Dienstleistungen erforderlich oder relevant sind, zu veröffentlichen, gefährden würden, wobei den voraussichtlichen entstehenden Nutzen oder Nachteilen für die Bürger, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, Rechnung zu tragen ist.“

Laut der europäischen Richtlinie gelten allerdings mangelnde Priorität, Zeit oder Kenntnis nicht als berechtigte Gründe, die zu einer unverhältnismäßigen Belastung führen könnten. Gelten auch nicht als berechtigte Gründe „die Nichtbeschaffung oder Nichtentwicklung von Softwaresystemen zur barrierefreien Verwaltung von Inhalten auf Websites und in mobilen Anwendungen“, „da genügende und empfohlene Techniken zur Verfügung stehen, damit diese Systeme die Barrierefreiheitsanforderungen dieser Richtlinie erfüllen“ entsprechend dem Erwägungsgrund (39) Satz 7 der Richtlinie (EU) 2016/2102.

Artikel 22

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 6 der Richtlinie (EU) 2016/2102.

Eine Konformitätsvermutung sollte die Feststellung der Konformität betroffener Websites und mobilen Anwendungen mit den Anforderungen der barrierefreien Zugänglichkeit erleichtern. Diese gilt in Fällen, in denen sie harmonisierten Normen oder Teilen davon genügen. Der Mindestgrad der Zugänglichkeit entspricht der Norm EN 301 549 V1.1.2 (2015-04).



Artikel 23

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 7 (1) der Richtlinie (EU) 2016/2102. Die Behörden stellen eine Erklärung über die Vereinbarkeit ihrer Websites und mobilen Anwendungen mit den Bestimmungen des vorliegenden Dekrets bereit. Diese Erklärung beinhaltet gegebenenfalls die vorgesehenen barrierefrei zugänglichen Alternativen.

Für die Erklärung zur Barrierefreiheit verwendet die Behörde die Mustererklärung, die von der EU-Kommission in einem Durchführungsakt festgelegt wird.

Artikel 24

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 8 (1) der Richtlinie (EU) 2016/2102 und legt die für die kontinuierliche Überwachung der Webinhalte im Hinblick auf die Einhaltung der Barrierefreiheitsanforderungen zuständige Behörde fest. Die EU-Kommission legt die Überwachungsmethode durch Durchführungsrechtsakte fest, wobei sie den ersten solchen Akt bis zum 23. Dezember 2018 annehmen wird.

Informationen über für die Überwachung benannte Behörde in der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden in einen Bericht einfließen, der bis zum 23. September 2018 an die EU-Kommission übermittelt wird.

Artikel 25

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 9 (1) Satz 1 der Richtlinie (EU) 2016/2102. Ein Durchsetzungsverfahren sollte es den Nutzern ermöglichen, Feedback zu geben oder nicht barrierefrei zugängliche Inhalte bei den Behörden zu melden und anpassen zu lassen. Als Antwort auf eine rechtmäßige und begründete Anfrage sollte die betreffende Behörde die Informationen in einer geeigneten und angemessenen Weise und innerhalb einer vernünftigen Frist bereitstellen, entsprechend dem Erwägungsgrund (46) der europäischen Richtlinie.

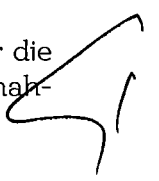
Informationen über die für die Durchsetzung zuständige Behörde in der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden bis zum 23. September 2018 der EU-Kommission mitgeteilt.

Artikel 26 bis 30

Mit diesen fünf Artikeln wird eine Serie von Bestimmungen im Dekret vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und im Dekret vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben aufgehoben. Die betroffenen Bestimmungen überschneiden sich sowohl thematisch als auch inhaltlich mit dem vorliegenden Dekretentwurf.

Im Dekret vom 13. Dezember 2016 wird jedoch der bisherige Artikel 36 §2, der die Möglichkeit einer Verpflichtung zum elektronischen Schriftverkehr zwischen der Dienststelle und den von ihr anerkannten Dienstleistern vorsieht, beibehalten. Somit wird eine ausdrückliche Ausnahme zum Artikel 14 des vorliegenden Dekretentwurfs geschaffen. Dieser elektronische Schriftverkehr wird selbstverständlich gemäß den in den vorangegangenen Artikeln aufgeführten Vorgaben erfolgen müssen.

In das Dekret vom 26. Mai 2009 zur Schaffung des Amtes eines Ombudsmanns für die Deutschsprachige Gemeinschaft, wird in Zusammenhang mit den Durchsetzungsmaßnahmen



men eine Bestimmung hinzugefügt, Dies dient der Umsetzung von Artikel 9 (1) Satz 2 der Richtlinie (EU) 2016/2102.

Artikel 31

Diese Bestimmung legt das Inkrafttreten fest.

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized, cursive letter 'S' followed by a vertical line.

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister-President;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister-President is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

**VOORONTWERP VAN DECREET BETREFFENDE DE NIET-OPENBARE EN OPENBARE
ELEKTRONISCHE COMMUNICATIE VAN DE OVERHEDEN VAN HET DUITSE TAALGEBIED**

INHOUD

Enerzijds heeft dit ontwerp van decreet tot doel de elektronische correspondentie van de overheden van het Duitse taalgebied te regelen. In dit ontwerp van decreet wordt enerzijds bepaald aan welke voorwaarden een elektronische mededeling moet voldoen om bindende rechtsgeldigheid te kunnen hebben en wordt anderzijds bepaald onder welke voorwaarden elektronische correspondentie tussen de gebruikers en de overheden in hun wederzijds belang mag plaatsvinden.

Anderzijds heeft dit ontwerp van decreet tot doel te voorzien in adequate maatregelen om de websites en mobiele applicaties van de overheden van het Duitse taalgebied toegankelijk te maken voor de gebruikers, in het bijzonder voor personen met ondersteuningsbehoefte.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting.....	4
Bespreking van de artikelen	6
Voorontwerp	12
Omzettingstabellen	21

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

In haar huidige werkprogramma 2014-2019 heeft de Regering in het kader van de maatregel 'MDG e-government 02' het volgende vastgelegd:

"(Vertaling) In zijn contacten met de burger is het Ministerie ontvanger en zender van heel wat elektronische correspondentie die de papieren vorm alsmaar meer verdringt. Bepaalde dienstverrichtingen van het Ministerie werden bovendien via elektronische formulieren gestandaardiseerd. Bij een conflict wordt voor het ogenblik echter geval per geval over de rechtsgeldigheid van de elektronische correspondentie beslist, aangezien de elektronische bezorging en de voorwaarden waaronder die bezorging toegestaan is, niet in de regelgeving van de Duitstalige Gemeenschap gepreciseerd worden.

Met het oog op de rechtszekerheid wil de Duitstalige Gemeenschap een decreet over de toelaatbaarheid van elektronische documenten aannemen, naar analogie van de andere gemeenschappen en gewesten. [...]"

Inderdaad moet worden vastgesteld dat de andere territoriale entiteiten op dat gebied het voortouw hebben genomen. Interessant om te vermelden zijn: het Vlaams decreet van 18 juli 2008 betreffende het elektronische bestuurlijke gegevensverkeer, de ordonnantie van het Brussels Hoofdstedelijk Gewest van 13 februari 2014 betreffende communicatie via elektronische weg in het kader van de betrekkingen met de overheden van het Brussels Hoofdstedelijk Gewest, alsook het decreet van het Waals Gewest van 27 maart 2014 betreffende de communicaties via elektronische weg tussen de gebruikers en de Waalse openbare overheden.

Voorts is sinds 1 juli 2016 de Verordening (EU) nr. 910/2014 van het Europees Parlement en de Raad van 23 juli 2014 betreffende elektronische identificatie en vertrouwensdiensten voor elektronische transacties in de interne markt en tot intrekking van richtlijn 1999/93/EG van toepassing. In die verordening wordt onder meer een Europees juridisch kader vastgesteld voor elektronische handtekeningen, elektronische zegels, elektronische tijdstempels, elektronische documenten, diensten voor elektronisch aangetekende bezorging en certificatiendiensten voor websiteauthenticatie; met dat juridisch kader moet hier rekening worden gehouden.

Terwijl dit ontwerp van decreet een algemeen kader voor de elektronische correspondentie van de overheden vastlegt, moet daarnaast worden vastgesteld dat heel wat decreten en verordeningen van de Duitstalige Gemeenschap vormvereisten bevatten die als 'niet-technologieneutraal' moeten worden beschouwd, omdat ze, bijvoorbeeld, papieren documenten, exemplaren in veelvoud, handgeschreven handtekeningen of dergelijke voorschrijven. Dit ontwerp van decreet legt de grondslagen voor de gelijkstelling met daartoe doelmatige elektronische oplossingen; zo wordt de rechtszekerheid gewaarborgd. Op middellange termijn zullen de bestaande vormvereisten in de talrijke basisteksten echter ook aangepast moeten worden om de vermelde technologieneutraliteit weer te geven. Gelet op het grote aantal regelingen en de inhoudelijke bandbreedte ervan zal die aanpassing niet met één enkele verwijzingstekst kunnen gebeuren, maar zal ze geleidelijk moeten gebeuren, via verschillende afzonderlijke wijzigingen van de bestaande vormvereisten.

Voorts voorziet dit ontwerp van decreet in de omzetting van de Richtlijn (EU) 2016/2102 van het Europees Parlement en de Raad van 26 oktober 2016 inzake de toe-

gankelijkheid van de websites en mobiele applicaties van overheidsinstanties. Die richtlijn moet uiterlijk op 18 september 2018 omgezet zijn.

Door de digitalisering van de maatschappij zijn nieuwe mogelijkheden ontstaan om toegang te krijgen tot informatie en diensten en om informatie en diensten aan te bieden. Ook de overheden maken steeds meer gebruik van het internet om voor het publiek essentiële informatie en diensten online ter beschikking te stellen.

Dit decreet heeft tot doel de websites en de mobiele applicaties van de overheden van de Duitstalige Gemeenschap toegankelijker te maken voor de gebruikers, in het bijzonder voor personen met ondersteuningsbehoefte, overeenkomstig de gemeenschappelijke toegankelijkheidseisen die in de richtlijn zijn vastgelegd.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikel 1

Dit artikel bepaalt dat de bepalingen van het decreet voor alle geslachten gelden.

Artikel 2

Dit artikel bevat de relevante definities. Het begrip 'overheden' waarop het decreet uiteindelijk van toepassing moet worden, werd afgebakend naar analogie van het decreet van 18 december 2006 inzake het hergebruik van overheidsdocumenten. De gemeenten, openbare centra voor maatschappelijk welzijn en overige (lokale) territoriale entiteiten van het Duitse taalgebied werden toegevoegd. De overige definities werden ontleend aan het voormelde Waals decreet van 27 maart 2014 en het desbetreffende Waals uitvoeringsbesluit van 12 juni 2014. De verwijzingen naar de opgeheven wet van 9 juli 2001 houdende vaststelling van bepaalde regels in verband met het juridisch kader voor elektronische handtekeningen en certificatediensten werden vervangen door de overeenkomstige verwijzingen naar de Verordening (EU) nr. 910/2014 van het Europees Parlement en de Raad van 23 juli 2014 betreffende elektronische identificatie en vertrouwensdiensten voor elektronische transacties in de interne markt en tot intrekking van Richtlijn 1999/93/EG. De begrippen 'mobiele applicaties', 'norm', 'Europese norm', 'geharmoniseerde norm', 'op tijd gebaseerde media' en 'stukken uit erfgoedcollecties' worden gedefinieerd naar analogie van de Richtlijn (EU) 2016/2102 van het Europees Parlement en de Raad van 26 oktober 2016 inzake de toegankelijkheid van de websites en mobiele applicaties van overheidsinstanties.

Artikel 3

Bij paragraaf 1 van dit artikel wordt voor alle elektronische mededelingen het non-discriminatiebeginsel ingevoerd. De rechtskracht van een mededeling kan niet aangevochten worden op de grond dat het om een elektronische mededeling gaat. Natuurlijk staat het de decreetgever vrij bij toekomstige regelingen uitdrukkelijk af te wijken van dat principe. Ook bepalingen die hun grondslag ontleenen aan een federale of gewestelijke bevoegdheid, blijven onverlet.

Het principe is echter alleen van toepassing wanneer de overige voorwaarden van dit ontwerp van decreet nageleefd worden, zoals bijvoorbeeld de toestemming van de betrokken overheden en gebruikers.

Bij paragraaf 2, eerste lid, wordt het principe van de functionele gelijkstelling van vormvereisten ingevoerd. Voordat een elektronische mededeling dezelfde rechtskracht als het overeenstemmende papieren document heeft, moet men zich ervan vergewissen dat ze dezelfde doelmatige eigenschappen heeft. Dat kan alleen gewaarborgd worden als bepaalde minimumeisen inzake kwaliteit en rechtszekerheid worden nageleefd.

Indien die minimumeisen nageleefd worden, kan ook via elektronische weg voldaan worden aan de bij wet, decreet of verordening voorgeschreven vormvereisten.

Concreet betekent dit dat, wanneer de bestaande wetten, decreten en verordeningen een vormvereiste bevatten en de elektronische tegenhanger niet uitdrukkelijk uitgesloten wordt, het gebruik van die doelmatige elektronische oplossing dezelfde rechtskracht heeft als de papieren oplossing, op voorwaarde dat de minimumeisen nageleefd worden.

Onverminderd de bij decreet gestelde minimumeisen biedt het tweede lid de overheden vrijheid bij het bepalen van de procedure die voor elektronische mededelingen moet worden gevolgd en bij het gelijkstellen van de vormvereisten. Belangrijk daarbij is dat de vereisten enerzijds objectief, transparant, evenredig en niet-discriminerend zijn en dat anderzijds rekening wordt gehouden met de concrete omstandigheden waarin de vormvereiste werd ingevoerd.

Artikel 4 tot 13

Deze artikelen bevatten de verschillende minimumeisen waaraan een elektronische mededeling moet voldoen voordat ze met het papieren document gelijkgesteld kan worden.

Daarbij gaat het om formulieren, voorschriften omtrent de papieren vorm, handgeschreven handtekeningen en parafen, verzending aan bepaalde adressen, verzending van originelen, aangetekende verzendingen, handgeschreven vermeldingen, zegels en stempels, alsook het indienen van exemplaren in veelvoud. In de verschillende bepalingen staat onder welke omstandigheden de elektronische tegenhanger van de bestaande vormvereiste dezelfde rechtskracht heeft. Het doel is via een technologie-neutrale oplossing dezelfde doelmatige eigenschappen te vinden.

De Regering moet ertoe gemachtigd worden de overige bepalingen voor de elektronische aangetekende verzendingen vast te leggen, aangezien daarvoor bepaalde technische maatregelen vereist zijn. Voorts moet de Regering de mogelijkheid krijgen nog andere minimumeisen voor een gelijkstelling te bepalen. Het is de bedoeling op die manier de voortdurende technologische ontwikkeling bij te houden.

Artikel 14

Zelfs indien het gebruik van elektronische mededelingen tussen de overheid en de gebruikers - burgers, rechtspersonen en feitelijke verenigingen - ongetwijfeld tot administratieve vereenvoudiging leidt, moet het mogelijk blijven om via de klassieke briefwisseling met de overheid te communiceren. De digitale kloof - in de zin van de maatschappelijke verschillen inzake toegang tot en gebruik van informatie- en communicatietechnologie tussen verschillende delen van de bevolking op basis van technische en socio-economische factoren, in het bijzonder wat toegang tot en gebruik van internet betreft - wordt weliswaar alsmaar kleiner, maar er zijn nog altijd gebruikers die niet via elektronische weg met de overheid kunnen communiceren of die dat uitdrukkelijk weigeren. Dat moeten wij blijven respecteren.

Het blijft evenwel mogelijk andersluidende bepalingen in wetten, decreten en verordeningen in te bouwen; dat is bijvoorbeeld het geval voor de elektronische correspondentie tussen de Dienst voor zelfbeschikkend leven en de door die Dienst erkende dienstverrichters (zie artikel 28).

Artikel 15

Voordat een elektronische mededeling aan een overheid rechtskracht krijgt, moet die overheid vooraf bekendgemaakt hebben dat ze het gebruik van dat communicatiemiddel aanvaardt. De overheid moet ook beperkingen en aanvullende technische eisen voor elektronische mededelingen kunnen bepalen.

Deze bepaling strekt ertoe de rechtsgeldige elektronische correspondentie technisch en juridisch veilig te stellen.

Artikel 16

In paragraaf 1 van dit artikel wordt bepaald dat de overheid met een gebruiker elektronisch kan communiceren, zelfs als dat niet uitdrukkelijk in de toepasselijke wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen staat. Die mogelijkheid geldt natuurlijk alleen als aan alle, in dit ontwerp van decreet gestelde voorwaarden is voldaan.

Een van die voorwaarden die betrekking hebben op de uitsluitend elektronische correspondentie tussen de overheid en de gebruiker wordt gesteld in paragraaf 2 van hetzelfde artikel. Zo'n uitwisseling van mededelingen mag immers alleen mogelijk zijn, als de gebruiker vooraf uitdrukkelijk heeft ingestemd met het gebruik van dat communicatiemiddel. Die instemming kan ook elektronisch gevraagd worden.

Opdat de gebruiker met volledige kennis van zaken instemt, wordt bepaald dat de overheid hem vooraf informeert. Overeenkomstig het principe vervat in artikel 14 moet de gebruiker bovendien de mogelijkheid krijgen zijn toestemming te allen tijde en zonder motivering in te trekken voor de toekomstige correspondentie met de overheid.

Artikel 17

In het eerste lid staat dat de overheid een reeks technische maatregelen moet nemen om de veiligheid, vertrouwelijkheid, authenticiteit, volledigheid en retraceerbaarheid van de uitgewisselde gegevens te waarborgen.

In het tweede lid staat dat een gebruiker die bij de elektronische correspondentie met de overheid technische problemen ondervindt, met verwijzing naar die problemen, op elke andere toegestane manier met de overheid kan communiceren.

Als de elektronische correspondentie om technische redenen niet mogelijk is, wordt een mededeling alleen als toegestaan beschouwd als ze voldoet aan eventueel bestaande minimale vormvereisten. Zo kan een technisch defect bijvoorbeeld niet als reden worden opgegeven om een schriftelijk stuk te vervangen door een eenvoudig telefoongesprek.

Artikel 18

Deze bepaling bevat de zogenaamde 'Europese clausule' met verwijzing naar Richtlijn (EU) 2016/2102 die bij het decreet gedeeltelijk wordt omgezet.

Artikel 19

Deze bepaling voorziet in de omzetting van artikel 1, lid 2 tot 4, van Richtlijn (EU) 2016/2102 en bepaalt het toepassingsgebied van hoofdstuk 3 van dit decreet. Toegankelijk ontworpen websites en mobiele applicaties van de overheden die voor het publiek essentiële informatie en diensten bevatten, zullen alle gebruikers de mogelijkheid bieden toegang tot die informatie en diensten te hebben.

Artikel 20

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 4 van Richtlijn (EU) 2016/2102. Het beginsel inzake toegankelijkheid is in de eerste plaats gericht op de gebruiker en wordt in overweging (37) van de considerans van de Europese richtlijn als volgt omschreven: "De vier beginselen inzake toegankelijkheid zijn:

- waarneembaarheid, waaronder wordt verstaan dat de informatie en de componenten van de gebruikersinterface zodanig aan gebruikers moeten kunnen worden gepresenteerd dat zij kunnen worden waargenomen;
- bedienbaarheid, waaronder wordt verstaan dat de componenten van de gebruikersinterface en de navigatie bedienbaar moeten zijn;
- begrijpelijkheid, waaronder wordt verstaan dat de informatie en de werking van de gebruikersinterface begrijpelijk moeten zijn; en
- robuustheid, waaronder wordt verstaan dat content voldoende robuust moet zijn opdat hij op betrouwbare wijze wordt geïnterpreteerd door uiteenlopende useragents, waaronder hulptechnologieën."

Die vier beginselen worden in toetsbare succescriteria uitgedrukt. Daarbij wordt verwezen naar de Europese norm EN 301 549 V1.1.2 'Toegankelijkheidseisen voor overheidsopdrachten voor ICT-producten en -diensten in Europa' (Europese norm EN 301 549 V1.1.2 (2015-04)). De toepasselijke bepalingen van Europese norm EN 301 549 V1.1.2 (2015-04) worden beschouwd als de minimale middelen om deze beginselen in de praktijk te brengen.

Artikel 21

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 5 van Richtlijn (EU) 2016/2102. De toegankelijkheid moet zo worden omgezet dat geen onevenredige last voor de overheden ontstaat.

Overeenkomstig overweging (39), vierde zin, van de considerans van Richtlijn (EU) 2016/2102 moet onder maatregelen die een onevenredige last zouden vormen, worden verstaan: "maatregelen die een overheidsinstantie een buitensporige organisatorische of financiële last zouden opleggen, of die afbreuk zouden doen aan het vermogen van de instantie om haar doelstelling te verwezenlijken of informatie bekend te maken die nodig of relevant is voor haar taken en diensten, een en ander rekening houdend met het waarschijnlijk voor- of nadeel daaruit voor burgers, met name voor personen met een beperking."

Volgens de Europese richtlijn mogen het ontbreken van prioriteit, het ontbreken van tijd of het ontbreken van kennis echter niet als legitieme redenen voor een onevenredige last worden beschouwd. Overeenkomstig overweging (39), zevende zin, van de considerans van Richtlijn (EU) 2016/2102 wordt het volgende evenmin als legitieme redenen beschouwd: "het niet leveren of ontwikkelen van softwaresystemen om de content op websites en mobiele applicaties op een toegankelijke wijze te beheren, aangezien er toereikende en aanvullende technieken beschikbaar zijn om aan de toegankelijkheidseisen van deze richtlijn te voldoen."

Artikel 22

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 6 van Richtlijn (EU) 2016/2102.

Een vermoeden van conformiteit moet ervoor zorgen dat makkelijker kan worden vastgesteld of websites en mobiele applicaties aan de toegankelijkheidseisen voldoen. Dit geldt

in gevallen waarin ze voldoen aan geharmoniseerde normen of delen daarvan. Het minimale toegankelijkheidsniveau stemt overeen met de norm EN 301 549 V1.1.2 (2015-04).

Artikel 23

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 7, lid 1, van Richtlijn (EU) 2016/2102. De overheden verstrekken een verklaring over de conformiteit van hun websites en mobiele applicaties met de bepalingen van dit decreet. Die verklaring bevat in voorkomend geval de toegankelijke alternatieven waarin is voorzien.

Voor de toegankelijkheidsverklaring gebruikt de overheid de modelverklaring die door de EU-Commissie in een uitvoeringshandeling wordt vastgelegd.

Artikel 24

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 8, lid 1, van Richtlijn (EU) 2016/2102 en bepaalt welke overheid bevoegd is voor het permanente toezicht op de mate waarin web-content aan de toegankelijkheidseisen voldoet. De EU-Commissie bepaalt de toezichtmethodiek via uitvoeringshandelingen; een eerste dergelijke uitvoeringshandeling stelt de Commissie uiterlijk op 23 december 2018 vast.

Informatie over de overheid die in de Duitstalige Gemeenschap aangewezen wordt om het toezicht uit te oefenen zal worden opgenomen in een verslag dat uiterlijk op 23 september 2018 aan de EU-Commissie wordt overgezonden.

Artikel 25

Dit artikel voorziet in de omzetting van artikel 9, lid 1, eerste zin, van Richtlijn (EU) 2016/2102. Bedoeling is dat een handavingsprocedure de gebruikers in staat stelt feedback te geven of niet-toegankelijke content bij de overheden te melden of te laten aanpassen. De betrokken overheid moet, naar aanleiding van een legitiem en redelijk verzoek, binnen een redelijke termijn op adequate en passende wijze informatie verstrekken, overeenkomstig overweging (46) van de considerans van de Europese richtlijn.

Informatie over de overheid die in de Duitstalige Gemeenschap bevoegd is om de handhaving uit te oefenen zal uiterlijk op 23 september 2018 aan de EU-Commissie meegedeeld worden.

Artikel 26 tot 30

Bij die vijf artikelen worden een aantal bepalingen opgeheven in het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap en in het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven. De bepalingen in kwestie en het ontwerp van decreet overlappen elkaar zowel thematisch als inhoudelijk.

Het huidige artikel 36, § 2, van het decreet van 13 december 2016 wordt echter behouden: dit artikel biedt de mogelijkheid om elektronische correspondentie tussen de Dienst en de door die Dienst erkende dienstverrichters verplicht te stellen. Daarmee wordt een uitdrukkelijke uitzondering op artikel 14 van dit ontwerp van decreet gemaakt. Die elektronische correspondentie zal uiteraard moeten voldoen aan de eisen die in de voorgaande artikelen worden vermeld.

In het decreet van 26 mei 2009 tot instelling van het ambt van ombudsman voor de Duitstalige Gemeenschap wordt in samenhang met de handhavingsmaatregelen een bepaling ingevoegd om te voorzien in de omzetting van artikel 9, lid 1, tweede zin, van Richtlijn (EU) 2016/2102.

Artikel 31

Dit artikel bepaalt de inwerkingtreding van het decreet.

De Minister-President
O. PAASCH

VOORONTWERP

**Voorontwerp van decreet betreffende de niet-openbare en openbare elektronische
communicatie van de overheden van het Duitse taalgebied**

Hoofdstuk 1 – Algemene bepalingen

Artikel 1 – Verwijzingen naar personen

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 2 – Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° overheid:

- a) de Duitstalige Gemeenschap;
- b) de publiekrechtelijke instellingen die onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteren;
- c) de gemeenten, openbare centra voor maatschappelijk welzijn en overige territoriale entiteiten van het Duitse taalgebied;
- d) iedere instelling, van welke aard en juridische vorm ook, die
 - opgericht is met het specifieke doel te voorzien in behoeften van algemeen belang die niet van industriële of commerciële aard zijn, en
 - rechtspersoonlijkheid heeft, en
 - waarvan hetzij de activiteiten in hoofdzaak door de overheden of instellingen vermeld onder a), b) en c) worden gefinancierd, hetzij het beheer is onderworpen aan het toezicht door deze laatste, hetzij de meerderheid van de leden van het bestuursorgaan, het leidinggevend orgaan of het toezichthoudend orgaan door deze overheden of instellingen zijn aangewezen;

e) de verenigingen gevormd door één of meer onder a), b), c) of d) vermelde overheden;

2° mededeling of melding: elke informatie-overdracht die van de overheid uitgaat of die aan haar is gericht in het kader van haar bevoegdheden en die met name het gebruik van formulieren of elk ander document alsook de behandeling en de verspreiding van gegevens omvat;

3° formulier: elk gestructureerd document dat in het kader van een procedure gebruikt wordt en waarmee een externe gebruiker aanvragen richt aan de overheden of informatie met hen uitwisselt;

4° protocolleringsgegevens: alle technische verbindings- of verkeersgegevens die op de opslagmedia van de overheden opgeslagen worden;

5° elektronische handtekening: de elektronische handtekening overeenkomstig artikel 3, punt 10, van EU-verordening nr. 910/2014;

6° gekwalificeerde elektronische handtekening: een gekwalificeerde elektronische handtekening overeenkomstig artikel 3, punt 12, van EU-verordening nr. 910/2014;

7° gekwalificeerd elektronisch zegel: een gekwalificeerd elektronisch zegel overeenkomstig artikel 3, punt 27, van EU-verordening nr. 910/2014;

8° gekwalificeerde elektronische tijdstempel: een gekwalificeerde elektronische tijdstempel overeenkomstig artikel 3, punt 34, van EU-verordening nr. 910/2014;

9° gekwalificeerde dienst voor elektronisch aangetekende bezorging: een gekwalificeerde dienst voor elektronisch aangetekende bezorging overeenkomstig artikel 3, punt 37, van EU-verordening nr. 910/2014;

10° mobiele applicatie: toepassingssoftware die is ontworpen en ontwikkeld door of namens overheden met het oog op gebruik door het algemene publiek op mobiele toestel-

len zoals smartphones en tablets. Zij omvat niet de besturingssoftware van die toestellen (mobiele besturingssystemen) noch de hardware;

11° personen met ondersteuningsbehoefte: de personen vermeld in artikel 3, 3°, van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

12° norm: een norm overeenkomstig artikel 2, punt 1), van EU-verordening nr. 1025/2012;

13° Europese norm: een Europese norm overeenkomstig artikel 2, punt 1), onder b), van EU-verordening nr. 1025/2012;

14° geharmoniseerde norm: een geharmoniseerde norm overeenkomstig artikel 2, punt 1), onder c), van EU-verordening nr. 1025/2012;

15° op tijd gebaseerde media: media van de volgende types: louter geluid, louter video-beeld, audio-video, audio en/of video in combinatie met interactie;

16° stukken uit erfgoedcollecties: in particulier of openbaar bezit zijnde goederen die van historisch, artistiek, archeologisch, esthetisch, wetenschappelijk of technisch belang zijn en deel uitmaken van verzamelingen die worden bewaard door culturele instellingen zoals bibliotheken, archieven en musea;

17° EU-verordening nr. 1025/2012: de Verordening (EU) nr. 1025/2012 van het Europees Parlement en de Raad van 25 oktober 2012 betreffende Europese normalisatie, tot wijziging van de Richtlijnen 89/686/EEG en 93/15/EEG van de Raad alsmede de Richtlijnen 94/9/EG, 94/25/EG, 95/16/EG, 97/23/EG, 98/34/EG, 2004/22/EG, 2007/23/EG, 2009/23/EG en 2009/105/EG van het Europees Parlement en de Raad en tot intrekking van Beschikking 87/95/EEG van de Raad en Besluit nr. 1673/2006/EG van het Europees Parlement en de Raad;

18° EU-verordening nr. 910/2014: de Verordening (EU) nr. 910/2014 van het Europees Parlement en de Raad van 23 juli 2014 betreffende elektronische identificatie en vertrouwensdiensten voor elektronische transacties in de interne markt en tot intrekking van Richtlijn 1999/93/EG;

19° EU-richtlijn: de Richtlijn (EU) 2016/2102 van het Europees Parlement en de Raad van 26 oktober 2016 inzake de toegankelijkheid van de websites en mobiele applicaties van overheidsinstanties.

Hoofdstuk 2 – Niet-openbare elektronische communicatie

Afdeling 1 – Rechtskracht van elektronische mededelingen

Art. 3 – Beginselen

§ 1 – De rechtskracht van een mededeling kan niet aangevochten worden op de grond dat het om een elektronische mededeling gaat.

Het eerste lid is alleen van toepassing als voldaan is aan de voorwaarden gesteld in dit decreet.

§ 2 – Elke wettelijk, decretaal of reglementair voorgeschreven vormvereiste voor een mededeling wordt geacht via elektronische weg vervuld te zijn als de doelmatige eigenschappen van dat vormvereiste bewaard zijn overeenkomstig de minimumeisen gesteld in dit hoofdstuk.

De overheid bepaalt één of meer technieken die voor elektronische mededelingen gebruikt kunnen worden, voor zover de vereisten objectief, transparant, evenredig en niet-discriminerend zijn. Daarbij wordt rekening gehouden met de samenhang en het doel van de informatie waarop de vormvereisten van toepassing zijn, alsook met alle desbetreffende omstandigheden.

Art. 4 – Formulieren

Behoorlijk ingevulde, geldig verklaarde en overgezonden elektronische formulieren met eventuele bijlagen worden gelijkgesteld met behoorlijk ingevulde, ondertekende en aan de betrokken overheid overgezonden papieren formulieren die dezelfde doelstelling hebben.

Art. 5 – Papiervorm

Het vereiste van een document in papiervorm of op een duurzame gegevensdrager wordt vervuld door elk middel dat, enerzijds, de overheid of de gebruiker toestaat om informatie zo op te slaan dat ze later voor een aan de doeleinden van de informatie aangepaste duur kan worden ingezien en dat, anderzijds, de mogelijkheid biedt de opgeslagen informatie in onveranderde vorm te reproduceren.

Art. 6 – Handtekening

Indien één of meer handtekeningen of parafen vereist worden voor de validatie van een formulier of van een document dat er bij gevoegd is, of van elk ander document vereist in het kader van een elektronische mededeling wordt aan die vereiste voldaan:

- 1° door gebruik te maken van een gekwalificeerde elektronische handtekening;
- 2° via elke andere, door de overheid erkende en gevalideerde techniek die de authenticiteit van de herkomst, de instemming met de inhoud en het behoud van de integriteit van de in het document vervatte informatie waarborgt.

Art. 7 – Zegel en stempel

Het vereiste van een zegel of stempel op een document wordt vervuld:

- 1° door gebruik te maken van een gekwalificeerd elektronisch zegel;
- 2° via een elektronische handtekening overeenkomstig artikel 5 die wordt aangebracht onder toezicht van de rechtspersoon die houder is van de zegel of van diens vertegenwoordiger.

Art. 8 – Aangetekende verzendingen

Het vereiste inzake aangetekende verzending wordt vervuld:

- 1° via een elektronische verzending die bezorgd wordt door een gekwalificeerde dienst voor de bezorging van elektronische verzendingen;
- 2° via elke techniek voor aangetekende elektronische verzending die voldoet aan de voorwaarden bepaald door de Regering.

Art. 9 – Tijdstempel

Het vereiste van een tijdstempel op een document wordt vervuld:

- 1° door gebruik te maken van een gekwalificeerde elektronische tijdstempel;
- 2° via elke andere, door de overheid erkende en gevalideerde techniek die de juistheid van de datum en de tijd, alsook de integriteit van de met de datum en de tijd verbonden gegevens waarborgt.

Art. 10 – Vermeldingen

Het vereiste van handgeschreven vermeldingen wordt vervuld via elke door de overheid erkende en gevalideerde techniek die waarborgt dat degene die een verplichting aangaat, met dezelfde werkzaamheid attent werd gemaakt op de draagwijdte van zijn

verplichting.

Als handgeschreven vermeldingen worden beschouwd: de vermelding 'gelezen en goedgekeurd', alsook elke andere handgeschreven vermelding die de aandacht van de ondertekenaar kan trekken.

Art. 11 – Exemplaren

Het vereiste van de verzending in verschillende exemplaren wordt vervuld zodra de stukken via elektronische weg zijn overgezonden, met inachtneming van de door de overheid bepaalde modaliteiten, voor zover de gebruikte techniek de mogelijkheid biedt de informatie die in het document staat te behouden, met inachtneming van de functies van integriteit en duurzaamheid, waarbij elke zendende en ontvangende partij de stukken kan inzien en ongewijzigd kan reproduceren.

Art. 12 – Overzending

§ 1 – Indien wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen een postverzending aan een bepaald adres voorschrijven, geldt een formulier ook dan als behoorlijk ingediend als het met inachtneming van de in hoofdstuk 3 gestelde voorwaarden en met inachtneming van alle andere voor elk elektronisch formulier voorgeschreven verzendingsmodaliteiten elektronisch overgezonden werd aan de bevoegde overheid.

Indien aan de gebruiker een registratiebevestiging moet worden overgezonden, zijn de bevestiging en de protocolleringsgegevens die in het bezit van de overheid zijn doorslaggevend voor de technische ontvangst van het formulier en de bijgevoegde stukken, alsook voor het tijdstip van de ontvangst en voor de inhoud van de overgezonden informatie tot het tegendeel is bewezen.

§ 2 – Onverminderd het recht van elke overheid om, indien nodig en vóór de besluitvorming, van de gebruiker te eisen dat hij het originele stuk in papieren vorm verzendt, kunnen de bij een formulier gevoegde bewijsstukken elektronisch overgezonden worden.

Indien het niet mogelijk is een door de overheid erkend en gevalideerd, als origineel geldend elektronisch stuk over te zenden, mag de gebruiker een elektronische versie verzenden die een kopie van het originele stuk is. In dat geval voegt de gebruiker bij die elektronische versie een verklaring op erewoord waaruit blijkt dat hij in het bezit is van het originele stuk dat hij ter beschikking houdt van de overheid zodat deze het origineel eventueel kan inzien.

Art. 13 – Andere minimumeisen

De Regering kan nog andere minimumeisen bepalen waaraan een elektronische mededeling moet voldoen om in aanmerking te komen voor een gelijkstelling vermeld in artikel 3, § 2.

Afdeling 2 – Elektronische correspondentie

Art. 14 – Beginsel

Onverminderd andersluidende wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen kan een gebruiker niet ertoe verplicht worden een akte elektronisch te verzenden of elektronisch te communiceren met een overheid.

Art. 15 – Mededelingen aan een overheid

Een elektronische mededeling aan een overheid is alleen rechtsgeldig als die overheid vooraf bekendgemaakt heeft dat ze het gebruik van dat communicatiemiddel aanvaardt.

De overheid kan beperkingen en aanvullende technische eisen voor elektronische mededelingen bepalen.

Art. 16 – Correspondentie tussen gebruiker en overheid

§ 1 – De overheid kan met een gebruiker ook dan elektronisch communiceren indien de toepasselijke wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen niet uitdrukkelijk in het gebruik van dat communicatiemiddel voorzien.

§ 2 – De zowel eenzijdige als wederzijdse verzending van mededelingen tussen een gebruiker en een overheid die via elektronische weg plaatsvindt, is alleen rechtsgeldig indien de gebruiker vooraf uitdrukkelijk toestemming heeft gegeven om dat communicatiemiddel te gebruiken.

De overheid deelt de gebruiker vooraf gedetailleerd mee welke administratieve stappen eventueel moeten worden ondernomen en welke juridische gevolgen zijn toestemming heeft.

De gebruiker kan zijn toestemming te allen tijde en zonder motivering intrekken voor de toekomstige correspondentie.

Art. 17 – Technische maatregelen

De overheid neemt met inachtneming van de inhoud, het doel en de aard van de elektronische mededeling alle noodzakelijke maatregelen om:

- 1° de veiligheid van de elektronische mededelingen te waarborgen;
- 2° de vertrouwelijkheid, authenticiteit en volledigheid van de uitgewisselde gegevens te waarborgen;
- 3° de traceerbaarheid van het dataverkeer te waarborgen.

Indien de gebruiker technische problemen ondervindt bij de elektronische correspondentie met de overheid, kan hij, ongeacht de toestemming vermeld in artikel 16, § 2, eerste lid, met verwijzing naar die problemen, op elke andere toegestane manier met de overheid communiceren.

Hoofdstuk 3 – Openbare elektronische communicatie

Art. 18 – Europese clause

Dit hoofdstuk voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de Richtlijn (EU) 2016/2102 van het Europees Parlement en de Raad van 26 oktober 2016 inzake de toegankelijkheid van de websites en mobiele applicaties van overheidsinstanties.

Art. 19 – Toepassingsgebied

Dit hoofdstuk bevat de regels die overheden ertoe verplichten om ervoor te zorgen dat hun websites, ongeacht het voor de toegang gebruikte apparaat, en hun mobiele applicaties aan de in artikel 20 vermelde toegankelijkheidseisen voldoen.

De bepalingen van dit hoofdstuk zijn niet van toepassing op websites en mobiele applicaties van:

1° publieke omroepen en hun dochterondernemingen of andere lichamen en hun dochterondernemingen die een publieke omroep taak vervullen;

2° de in artikel 1, 1°, d), vermelde instellingen die geen diensten verstrekken die essentieel zijn voor het publiek, noch diensten die specifiek gericht zijn op de behoeften van of bedoeld zijn voor personen met ondersteuningsbehoefte.

De bepalingen van dit hoofdstuk zijn niet van toepassing op de volgende content van websites en mobiele applicaties:

1° kantoorbestandsformaten die zijn gepubliceerd vóór 23 september 2018, tenzij dergelijke content nodig is voor actieve administratieve processen met betrekking tot de door de betrokken overheid vervulde taken;

2° vooraf opgenomen, op tijd gebaseerde media die zijn gepubliceerd vóór 23 september 2020;

3° live uitgezonden, op tijd gebaseerde media;

4° onlinekaarten en onlinekarteringsdiensten, voor zover essentiële informatie op een toegankelijke, digitale wijze wordt verstrekt in het geval van voor navigatie bestemde kaarten;

5° van derden afkomstige content die niet door de betrokken overheid wordt gefinancierd of ontwikkeld en evenmin onder haar gezag staat;

6° reproducties van stukken uit erfgoedcollecties die niet volledig toegankelijk kunnen worden gemaakt omwille van:

a) de onverenigbaarheid van de toegankelijkheidseisen met de bewaring van het betrokken stuk of de authenticiteit van de reproductie (bijvoorbeeld contrast), dan wel

b) het ontbreken van geautomatiseerde en kostenefficiënte oplossingen waarmee de tekst van manuscripten of andere stukken uit erfgoedcollecties gemakkelijk zou kunnen worden geëxtraheerd en omgezet naar content die met de toegankelijkheidseisen strookt;

7° content van extranetten en intranetten, te weten websites die enkel beschikbaar zijn voor een beperkt aantal personen, en niet voor het algemene publiek als zodanig, die is gepubliceerd vóór 23 september 2019, tot dergelijke websites een ingrijpende herziening ondergaan;

8° content van websites en mobiele applicaties die als archieven kunnen worden aangemerkt, wat betekent dat zij enkel content bevatten die niet noodzakelijk is voor actieve administratieve processen en die niet wordt bijgewerkt of aangepast na 23 september 2019.

Art. 20 – Toegankelijkheidsbeginsel

De websites en mobiele applicaties van de overheden worden waarneembaar, bedienbaar, begrijpelijk en robuust ontworpen om ze toegankelijk te maken.

Art. 21 – Onevenredige last

De overheid past de in artikel 20 vermelde toegankelijkheidseisen toe, voor zover die eisen voor de toepassing van dat artikel geen onevenredige last voor de overheid met zich meebrengen.

Om na te gaan in hoeverre de naleving van de toegankelijkheidseisen een onevenredige last met zich meebrengt, houdt de overheid in het bijzonder rekening met de volgende relevante omstandigheden:

1° de omvang, de middelen en de aard van de betrokken overheid;

2° de geraamde kosten en baten voor de betrokken overheid in verhouding tot de geraamde voordelen voor personen met ondersteuningsbehoefte, rekening houdend met de frequentie en de duur van het gebruik van de specifieke website of mobiele applicatie.

De betrokken overheid voert de initiële beoordeling uit van de mate waarin de naleving van de toegankelijkheidseisen een onevenredige last met zich meebrengt.

Indien een overheid voor een specifieke website of mobiele applicatie gebruik maakt van de uitzondering waarin dit artikel voorziet, dan legt zij in de in artikel 23 vermelde verklaring uit aan welke delen van de toegankelijkheidseisen niet kon worden voldaan en voorziet zij in voorkomend geval in toegankelijke alternatieven.

Art. 22 – Vermoeden van conformiteit met de toegankelijkheidseisen

§ 1 – De content van websites en mobiele applicaties die voldoet aan de op grond van de EU-richtlijn opgestelde geharmoniseerde normen of delen daarvan, wordt vermoed conform te zijn met de in artikel 20 vermelde toegankelijkheidseisen die door die normen, of door delen daarvan, worden gedekt.

§ 2 – Indien geen referenties van in § 1 bedoelde geharmoniseerde normen zijn bekendgemaakt, wordt de op grond van de EU-richtlijn opgestelde content van mobiele applicaties die conform is met technische specificaties of delen daarvan, vermoed conform te zijn met de in artikel 20 vermelde toegankelijkheidseisen die door die technische specificaties of door delen daarvan worden gedekt.

§ 3 – Indien geen referenties van in § 1 bedoelde geharmoniseerde normen zijn bekendgemaakt, wordt de content van websites die voldoet aan de desbetreffende eisen van Europese norm EN 301 549 V1.1.2 (2015-04), of delen daarvan, vermoed conform te zijn met de in artikel 20 vermelde toegankelijkheidseisen die door de desbetreffende eisen, of delen daarvan, worden gedekt.

Indien geen referenties van de in § 1 bedoelde geharmoniseerde normen zijn bekendgemaakt, en bij ontstentenis van de in § 2 bedoelde technische specificaties, wordt de content van mobiele applicaties die voldoet aan de desbetreffende eisen van Europese norm EN 301 549 V1.1.2 (2015-04), of delen daarvan, vermoed conform te zijn met de in artikel 20 vermelde toegankelijkheidseisen die door de desbetreffende eisen, of delen daarvan, worden gedekt.

Art. 23 – Toegankelijkheidsverklaring

De overheid verstrekt een gedetailleerde, alomvattende en duidelijke toegankelijkheidsverklaring over de conformiteit van haar websites en mobiele applicaties met dit decreet en werkt die verklaring regelmatig bij. Ze geeft binnen een redelijke termijn een adequaat antwoord op meldingen of verzoeken van de gebruiker.

De toegankelijkheidsverklaring wordt:

1° voor websites in een toegankelijk formaat verstrekt en op de desbetreffende website gepubliceerd;

2° voor mobiele applicaties in een toegankelijk formaat verstrekt en op de website van de overheid die de betrokken mobiele applicatie heeft ontwikkeld, of samen met andere

informatie bij het downloaden van de applicatie beschikbaar gemaakt.

De toegankelijkheidsverklaring omvat:

1° een toelichting over de delen van de content die niet toegankelijk zijn, de redenen daarvoor, en in voorkomend geval, de toegankelijke alternatieven waarin is voorzien;

2° een beschrijving van, en een link naar, een feedbackmechanisme dat de gebruiker in staat stelt om bij de betrokken overheid melding te maken van eventuele niet-naleving op haar website of mobiele applicatie van de in artikel 20 vermelde toegankelijkheidseisen, en om de overeenkomstig artikel 19, tweede lid, en artikel 21 uitgesloten informatie op te vragen;

3° een link naar de in artikel 25 vermelde handhavingsprocedure, die kan worden toegepast in geval van een onbevredigend antwoord op de melding of het verzoek.

De overheid stelt de toegankelijkheidsverklaring op aan de hand van de modelverklaring die op grond van de EU-richtlijn wordt vastgelegd.

Art. 24 – Toezicht

De Regering houdt toezicht op de mate waarin websites en mobiele applicaties van de overheden voldoen aan de in artikel 20 vermelde toegankelijkheidseisen. Ze maakt daarbij gebruik van de in de EU-richtlijn bedoelde toezichtmethodiek.

Art. 25 – Handhavingsprocedure

De overheid stelt een adequate en doeltreffende handhavingsprocedure in om te waarborgen dat dit decreet wordt nageleefd wat de eisen in artikel 20, artikel 21 en artikel 23 betreft.

Hoofdstuk 4 – Slotbepalingen

Art. 26 – Wijzigingsbepaling

Hoofdstuk II.1 van het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap, dat de artikelen 14.2 tot 14.6 omvat, ingevoegd bij het decreet van 25 april 2016, wordt opgeheven.

Art. 27 – Wijzigingsbepaling

In artikel 3 van het decreet van 26 mei 2009 tot instelling van het ambt van ombudsman voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de decreten van 14 februari 2011 en 25 januari 2016, wordt een § 2.1 ingevoegd, luidende:

"§ 2.1 – In het kader van het decreet van ... betreffende de niet-openbare en openbare elektronische communicatie van de overheden van het Duitse taalgebied toetst de ombudsman:

1° klachten tegen meldingen of verzoeken in het kader van het feedbackmechanisme bedoeld in artikel 23, derde lid, 2°, van hetzelfde decreet;

2° de beoordeling overeenkomstig artikel 21 van hetzelfde decreet, van de mate waarin de naleving van de toegankelijkheidseisen een onevenredige last met zich meebrengt."

Art. 28 – Wijzigingsbepaling

Artikel 36 van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven wordt vervangen als volgt:

"Art. 36 – Verplichte elektronische communicatie

[DATUM] In afwijking van artikel 14 van het decreet van ... betreffende de niet-openbare en openbare elektronische communicatie van de overheden van het Duitse taalgebied kan de Dienst de dienstverrichters ertoe verplichten elektronisch met hem te communiceren."

Art. 29 – Wijzigingsbepaling

De artikelen 37 tot 40 van hetzelfde decreet worden opgeheven.

Art. 30 – Overgangsbepaling

De overheden passen de bepalingen van hoofdstuk 3 toe:

1° op niet voor 23 september 2018 openbaar gemaakte websites: vanaf 23 september 2019;

2° op alle websites die niet onder 1° vallen: vanaf 23 september 2020;

3° op mobiele applicaties: vanaf 23 juni 2021.

Art. 31 – Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2019, met uitzondering van de artikelen 18 tot 25, 27 en 30, die in werking treden op 1 september 2018.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President
O. PAASCH